

Sperrfrist Redebeginn!
Es gilt das gesprochene Wort



Christopher Vogt, MdL
Vorsitzender

Anita Klahn, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Oliver Kumbartzky, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 087/2018
Kiel, Mittwoch, 21. März 2018

Gesundheit / Transplantationsgesetz

Dennys Bornhöft zu TOP 11 „Änderung des Transplantationsgesetzes“

In seiner Rede zu TOP 11 (Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes) erklärt der gesundheitspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dennys Bornhöft**:

„Ich möchte mich zunächst für die Initiative des SSW bedanken, weil wir so zu einer Debatte über die Organtransplantation in Deutschland und Schleswig-Holstein kommen. Seit einigen Jahren sinkt sowohl die Anzahl der durchgeführten Organspenden als auch die Bereitschaft, für eine Spende zur Verfügung zu stehen, kontinuierlich bis dramatisch ab. Waren es im Jahre 2011 noch 1.200 Organspenden, waren es 2016 nur knapp 850. Die sinkenden Zahlen gelten sowohl für Lebend- als auch postmortale Spenden. Leider ist der Bedarf an Organspenden dagegen nicht gesunken. Dieser ist weiterhin auf einem hohen Niveau. So waren im Jahr 2016 mehr als 10.100 Menschen in Deutschland auf der Warteliste von Eurotransplant. Wenn man jetzt den Sachverhalt verkürzt und nur die gut 10.000 Wartenden mit den 850 jährlichen Organspenden in Relation setzt, so würde man zwölf Jahre brauchen, um die Liste mit Transplantationen abzuarbeiten. Leider ist die Situation aber noch schwieriger, da der Bedarf und das Angebot an verschiedenen Organen nicht passen. Des Weiteren kommen auch jedes Jahr wieder neue notleidende Menschen hinzu, die auf die Warteliste gesetzt werden.

Die Konsequenz hieraus ist, dass viel zu viele, vor allem jüngere Menschen, in Deutschland sterben, weil sie nicht rechtzeitig ein passendes Spenderorgan erhalten. Diese Feststellung ist kaum zu ertragen. Der vorliegende Antrag befasst sich mit einer Stellschraube im bisherigen Transplantationssystem – hieran zu drehen wird sicherlich gut sein. Wir werden aber noch mehr Stellschrauben brauchen, um den Menschen auf der Warteliste eine größere Chance auf den zeitnahen Erhalt eines Spenderorgans zu geben.

Der Organspende-Skandal 2012, bei dem in diversen deutschen Krankenhäusern im großen Stil Patientenakten und somit indirekt die Wartelisten

manipuliert wurden, zeigt seine massiven Auswirkungen bis heute. Die Spenderzahlen sanken rapide, denn das Vertrauen vieler Menschen in das deutsche Organspendesystem war dahin. Die Imagekampagne der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, die im Jahr 2013 folgte, sollte dieses massiv geschädigte Vertrauen wieder aufbauen. Eine Verbesserung der Situation trat jedoch nicht ein, im Gegenteil, die Zahl der durchgeführten Organspenden sank weiter.

Auch wurde immer klarer, dass nicht nur die zahlreichen Skandale die sinkende Spendenbereitschaft der Deutschen begünstigten. Vielmehr zeigte sich, dass trotz Imagekampagnen und vermeintlich umfassender Aufklärung viele Menschen passiv bleiben und das Thema Organspende im Alltag kaum präsent ist. So zeigen Zahlen der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) aus dem Jahr 2016, dass nur 58% der Befragten überhaupt eine Entscheidung bzgl. der Organspende getroffen haben. Nur insgesamt 36% haben eine Entscheidung dokumentiert. In Anbetracht des bereits realen Organmangels ist das viel zu wenig. Die in Deutschland gesetzlich verankerte Zustimmungslösung lässt viele ohne jedwede Entscheidung über ihre Spendebereitschaft zurück.

Die Widerspruchslösung nach dem Vorbild zahlreicher europäischer Länder, allen voran Spanien, ist zumindest ein diskussionswertes Modell. Wer einer Organspende nicht ausdrücklich widerspricht, wird nach Feststellung des Hirntodes automatisch zum Spender. Das tendenziell eher passive Verhalten vieler potenzieller Spender kommt hier den wartenden Patienten zu Gute: Spanien ist bzgl. Organspenden Spitzenreiter im europäischen Vergleich.

Eine Idee, die deutlich weniger in die Rechtslage in Deutschland eingreifen würde, wäre zum Beispiel bei der Ausstellung von Ausweisdokumenten die Nachfrage, ob man Spender sein möchte. So würde jeder volljährige Deutsche regelmäßig dazu bewegt werden, sich mit dem Thema Organspende auseinanderzusetzen. Dies könnte in relativ kurzer Zeit ein viel größeres und präsenteres Bewusstsein für die Transplantation schaffen, bevor dem Organmangel völlig unnötigerweise immer mehr Menschen zum Opfer fallen.

Der vorliegende Antrag könnte ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu größeren, umfassenderen Veränderungen sein, obgleich wir uns in den anstehenden Beratungen doch fragen müssen, ob nicht doch tiefgreifendere Veränderungen notwendig werden. Hierfür ist es höchste Zeit, um wortwörtlich Leib und Leben unserer Bürger zu schützen.“